

## Friedrich-Martin Balzer: Die Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus – 1

Es ist kein Geheimnis: Der Kapitalismus steckt in einer tiefen Krise. Die Presse titelt: „Die Weltwirtschaft ist ernsthaft gefährdet“. Der Finanzkapitalismus steht am Abgrund. Die „Eurokrise“ ist nicht die Krise einer Währung, sondern eine Krise des kapitalistischen Systems. Sie kommt auch darin zum Ausdruck, daß sie längst auch die USA, die stärkste kapitalistische Wirtschaftsmacht, in Bedrängnis bringt. Nach dem drohenden und noch nicht abgewendeten Staatsbankrott einiger kleiner Länder droht der finanzielle Zusammenbruch auch anderswo. Die vorhandenen finanziellen Mittel werden nicht ausreichen, um alle in Finanznot geratenen Länder zu retten. Grund genug, sich an den großen Crash vor mehr als 80 Jahren zu erinnern.

„*Blick in den Abgrund*“ heißt das Quellenwerk, das ich vor 10 Jahren zusammen mit dem Jenaer Historiker Manfred Weißbecker herausgegeben habe. Die Wochenberichte von Erwin Eckert und Emil Fuchs erfuhren seinerzeit größte Aufmerksamkeit, sind aber inzwischen wieder der Vergessenheit anheimgefallen, obwohl sich deren Aktualität seit Beginn der weltweiten Finanzkrise 2008 erheblich gesteigert hat. Heute soll ausschließlich von dem Theologen Emil Fuchs (1874-1971) die Rede sein, der 1949, kurz vor Gründung der DDR, seinen Wohnsitz nach Leipzig verlegte, um dort und in Berlin zu wirken.<sup>1</sup>

Die 68 Wochenberichte von Emil Fuchs umfassen den Zeitraum vom 1. November 1931 bis zum 12. März 1933, als die Zeitung „*Der religiöse Sozialist*“ verboten wurde. Ausgewählte Kostproben aus seinen Wochenberichten sollen nicht vorenthalten werden, um die Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus wachzurufen. Seine Wochenberichte sind weniger von der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie geprägt, sondern sind an der Lage der arbeitenden Massen und an der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung orientiert. „Ihre Radikalität ergab sich gleichsam aus der Evidenz der Wirklichkeit in der Weimarer Republik.“<sup>2</sup>

### **Verteidigung von Demokratie, Sozialstaat und Rechtsstaat**

Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen die „Ausschaltung der Parlamente, der demokratischen Einrichtungen“<sup>3</sup>, der Appell an die [...] Mehrheit der Deutschen, „dem faschistischen Treiben

---

<sup>1</sup> Kurzbiographie: Geboren am 13. Mai 1874 in Beerfelden/Hessen als Sohn eines Pfarrers; Theologiestudium in Gießen. 1897 erstes theologisches Examen; 1897/98 Militärdienst; 1898/99 Predigerseminar in Friedberg; Vikar in Brauerschwend/Vogelsberg; Ordination, 1900 Lizentiat bei Prof. Kattenbusch in Gießen; 1900 Pfarrassistent in Lampertheim, erste Kontakte zur Arbeiterbewegung als Vikar in Manchester 1902; 1903-1905 Repetent in Gießen; 1905 Pfarrer in Rüsselsheim; 1914 Ehrendoktor der theologischen Fakultät in Gießen; 1918 Pfarrer in Eisenach; 1921 Begründung der Gruppe der religiösen Sozialisten in Thüringen und Eintritt in die SPD; 1925 Verantwortlicher des Mitteldeutschen Kreises der religiösen Sozialisten; 1926-1930 Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen; 1926-1928 und 1930-1933 Mitglied des Bundesvorstandes; 1927-1931 Mitglied des thüringischen Landeskirchentages; 1931 Professur für Religionswissenschaft an der Pädagogischen Akademie in Kiel, März 1933 Entlassung, Gefängnis, Berufsverbot; 1933-34 Freienwalde, 1934 Autoverleih in Britz, der u. a. dazu diente, Verfolgte des Faschismus außer Landes zu bringen; enge Zusammenarbeit mit dem Gefängnisgeistlichen von Tegel und Plötzensee Harald Poelchau; bis 1943 in Berlin Erwerb des Lebensunterhaltes durch Auslegung des Neuen Testaments und maschinenschriftlichen Versand an Freunde; 1943 Gortipohl/Mentafon (Voralberg); 1945 Frankfurt/Main; 1945-1949 Mitglied der SPD; 1947/48 Reise nach England; 1948/49 Reise in die USA; Gastvorlesungen im Pendle-Hill Quaker Center for Study and Contemplation bei Philadelphia; 1949 aus Enttäuschung über die Restauration in den Westzonen Übersiedlung nach Leipzig; dort Professor für Systematische Theologie und Religionssoziologie; Freundschaft mit Ernst Bloch; 1954 Ehrenmitglied der CDU in der DDR; Mitglied des Friedensrates und des Präsidiums des Friedensrates der DDR; in den 50er Jahren Besuch seines Sohnes Klaus Fuchs im britischen Gefängnis; 9. Februar 1961 Gespräch mit Walter Ulbricht, das grundlegend für die Kirchenpolitik der DDR wurde; u. a. sorgte Fuchs für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR durch die Einrichtung von Einheiten der sog. Bausoldaten; Ehrungen und Auszeichnungen u. a.: 1954 Vaterländischer Verdienstorden in Gold; 1958 bzw. 1960 Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Silber bzw. Gold; 1962 Ehrennadel der Deutsch-Sowjetischen Freundschaftsgesellschaft in Gold; 1964 „Banner der Arbeit“; 1969 Stern der Völkerfreundschaft in Silber; Veröffentlichungen „Marxismus und Christentum“, „Christliche und marxistische Ethik“, Autobiographie „Mein Leben“, Band 1 und Band 2; gestorben am 13. Februar 1971 in Berlin/DDR.

<sup>2</sup> G. Fülberth: Ein kleiner Unterschied bei viel Gemeinsamkeit. In: *Blick in den Abgrund*, S. 537-540, hier: S. 537.

<sup>3</sup> Politik der Woche (künftig PdW) vom 2. bis 9. April 1932. In: *Blick in den Abgrund*, S. 299.

Friedrich-Martin Balzer: Die Aktualität von Emil Fuchs  
in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus – 2

[...] gegen die deutsche Republik und Verfassung ein Ende [zu] machen“<sup>4</sup>, und die Absicht, „die Massen zum Kampf für Demokratie und Republik, Volksrecht und Gestaltung des Sozialismus [...] aufzurufen“.<sup>5</sup>

Die Tatsache, daß auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sich an der Aushöhlung des Versammlungsrechtes, das ohnehin mehr den Atem des kaiserlichen Obrigkeitsstaates als den Atem einer demokratischen Revolution in sich trug, beteiligte, geht aus der Bemerkung von Fuchs hervor: „Zur Durchführung des Versammlungsverbots [...] hat Severing (Preußischer Innenminister, SPD, F.-M. B) Richtlinien erlassen, die das Verbot auch auf Mitgliederversammlungen großer Parteien erstrecken.“<sup>6</sup> In diesem Zusammenhang ist an die wiederholte Äußerung von Friedrich Ebert zu erinnern: „Wenn der Tag kommt, an dem die Frage auftaucht: Deutschland oder die Verfassung, dann werden wir Deutschland nicht wegen der Verfassung zugrunde gehen lassen.“<sup>7</sup>

Gegen die um sich greifende Zensur protestierte Fuchs mit folgender Geschichte: „Die Filmprüfstelle, welchen Namen die Filmzensur in Deutschland trägt, hat den Film ‚Kuhle Wampe‘ von Bert Brecht verboten, weil er die öffentliche Sicherheit gefährde. Rudolf Olden, der dieser Filmprüfstelle angehört, veröffentlicht sein Urteil dazu. Der Film behandle das Arbeitslosenproblem; aber er sei nicht revolutionär, sondern stellenweise sogar schönfärberisch. Das Revolutionärste, was in ihm vorkomme, seien die Worte: ‚Und wer wird die Welt ändern? – Die, denen sie nicht gefällt!‘“<sup>8</sup> Als Christ und Mitglied der SPD protestierte Fuchs gegen die per Notverordnung vollzogene Auflösung der den Kommunisten nahestehenden Freidenkerorganisation mit den Worten: „Die Regierung bringt es fertig, diese Auflösung zu rechtfertigen mit dem Artikel 135 der Reichsverfassung, der ausdrücklich die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. Im Namen der Gewissensfreiheit beseitigt man die Freiheit des Proletariats, sich seinem Gewissen nach zu betätigen und eine revolutionäre Freidenkerorganisation zu schaffen! – Wir sind also glücklich so weit, daß die Brüning-Groener-Regierung die demokratische Verfassung zum Vorwand nimmt, um eben diese Verfassung, um die Demokratie in Deutschland zu beseitigen. Das ist aber nicht nur [...] ein Stück Beeinträchtigung des proletarischen Kulturkampfes, sondern das soll zugleich einen verschärften Kurs gegen den Kommunismus vorbereiten.“<sup>9</sup>

„Um die wachsende Empörung der Massen gegen diese Hungermaßnahmen der Papen-Diktatur niederzuschlagen, läßt die Bourgeoisie ihre Terrorgarden in verschärftem Maße gegen die Arbeiterschaft los. Überfälle auf Gewerkschaftshäuser, sozialdemokratische und kommunistische Parteihäuser, gemeinste Überfälle aus dem Hinterhalt auf einzelne Funktionäre der Arbeiterschaft haben allein in der Berichtswoche 30 Arbeitern – sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern – das Leben gekostet! Fast überall, wo die Polizei eingriff, wandte sie sich nicht gegen die SA, sondern gegen die Arbeiter, die sich gegen die SA-Überfälle zur Wehr setzten.“<sup>10</sup>

Dabei verlor Fuchs den Zusammenhang von liberalen und sozialen Grundrechten keineswegs aus den Augen. „Die Bourgeoisie will die Arbeiterklasse ihres entscheidenden Kampfmittels, des Streiks, berauben! Diese Verordnung der Papen-Schleicher und diese Gefängnisstrafen ihrer Justiz sind die ersten Vorboten eines vollständigen Streikverbots. In der gleichen Linie liegt

---

<sup>4</sup> PdW vom 12. bis 19. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 278.

<sup>5</sup> PdW vom 12. bis 19. September 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 422.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Zit. nach: H. Ridder: Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, in: R. Herzog (Hrsg.), Zentrum und Peripherie. Festschrift für Richard Bäuml zum 65. Geburtstag, Chur/Zürich 1992, S. 87 f. An diese Maxime hielt sich auch die SPD-geführte Bundesregierung Schröder-Fischer, als sie sich in eklatanter Verletzung von Verfassungs- und Völkerrechtsnormen am Krieg gegen die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien beteiligte.

<sup>8</sup> PdW vom 26. März bis 2. April 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 292 f.

<sup>9</sup> PdW vom 1. bis 8. Mai 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 320 f.

<sup>10</sup> PdW vom 9. bis 16. Juli 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 369.

es, wenn in Halle ein kommunistischer Stadtverordneter, als er in einer Versammlung erklärte, nicht parlamentarische Abstimmungen, sondern der außerparlamentarische Kampf führe zu Entscheidungen, von einem großen Polizeiaufgebot aus der Versammlung heraus verhaftet wurde. [...] Bis jetzt haben sich alle diese Maßnahmen, die angeblich zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung angeordnet wurden, zugunsten der Nationalsozialisten und gegen die kämpfende Arbeiterschaft ausgewirkt.“<sup>11</sup>

Immer wieder führte Fuchs Tatsachen gegen die Zerstörung der Demokratie an: „In Düsseldorf wurde eine Versammlung des Komitees gegen den imperialistischen Krieg verboten, weil [Henri] Barbusse in ihr sprechen sollte. Große Schriftsteller anderer Nationen sind der deutschen Kultur gefährlich.“<sup>12</sup>

Wie weit der Prozeß der Zerstörung der Demokratie auch durch Berufsverbote ging, machte Fuchs mit der folgenden Bemerkung deutlich: „Gegenüber der Beamtenschaft wird das System des rücksichtslosen Abbaus aller Linkstehenden fortgesetzt.“<sup>13</sup>

Auch gegen die Zerstörung der verfassungsrechtlich garantierten Abwehrrechte der Arbeiterschaft in den Betrieben machte Fuchs eindeutig Front. Die Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte um ein Jahr bedeute, „daß im Jahr 1932 keinerlei Betriebsrätewahlen stattfinden. Man will Ruhe haben in den Betrieben! Es wird behauptet, daß die Anregung zu dieser Maßnahme von den Gewerkschaften ausgegangen sei“.<sup>14</sup> Fuchs mochte nicht glauben, „daß die Gewerkschaften sich zu dieser Suspendierung der Betriebsdemokratie hergegeben haben“.<sup>15</sup>

Fuchs beklagte, daß die Gewerkschaften „praktisch von der Mitbestimmung der Lohnhöhe ausgeschlossen“<sup>16</sup> würden. „Das ist eine Art von ‚Arbeitsrecht‘, die recht große Ähnlichkeit mit dem faschistischen Arbeitsrecht Italiens hat, in dem auch staatliche Instanzen ohne Mitwirkung freier Gewerkschaften die Höhe des Lohnes bestimmen.“<sup>17</sup> Mit den staatlich festgesetzten Lohnstarifen diene „der Staat der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft viel besser, als es die nur auf die Interessen ihres einzelnen Unternehmens bedachten Herren vom Reichsverband der Industrie tun, wenn sie ‚Freiheit‘ der Lohngestaltung fordern. Denn die Tarifverträge mit ihrer ‚Friedenspflicht‘ machen es den Gewerkschaften unmöglich, zu streiken; sie riskieren bei Streik gegen einen Tarif – auch wenn er durch Notverordnung eingesetzt ist und nicht durch Verhandlungen der Gewerkschaften –, daß der Unternehmer die Gewerkschaftskassen beschlagnahmen läßt, um sich den durch den Streik entstandenen Schaden vergüten zu lassen.“<sup>18</sup> Praktisch gebe die Notverordnung „dem Unternehmer das Recht, den Lohnabbau ohne Änderung des Arbeitsvertrages“, also durch Aufhebung der Tarifvertragsfreiheit bzw. Tarifautonomie, „durchzuführen“.<sup>19</sup> „Ein Aushang im Betrieb soll genügen, um den Abbau für die nächste Woche in Kraft treten zu lassen. Damit ist für den Unternehmer die Vertragstreue beseitigt. Er braucht sich nicht an den Tarif zu halten. Aber für die Gewerkschaft besteht die sogenannte Friedenspflicht nach wie vor. Es offenbart sich deutlich der Klassencharakter des Rechts überhaupt in der kapitalistischen Klassengesellschaft.“<sup>20</sup>

„Das Versagen der Justiz“ aber sei die „sicherste Vorbereitung zum Bürgerkriege“.<sup>21</sup> Die deutsche Rechtsprechung, so Fuchs, füge „sich in jeder Weise in die Tendenzen der heutigen

---

<sup>11</sup> PdW vom 24. bis 30. Juli 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 380.

<sup>12</sup> PdW vom 9. bis 16. Oktober 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 436.

<sup>13</sup> PdW vom 5. bis 12. Februar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 500.

<sup>14</sup> PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 220.

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> PdW vom 20. bis 26. Dezember 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 219.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> PdW vom 12. bis 19. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 282 f.

<sup>19</sup> PdW vom 4. bis 11. September 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 412.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 412 f.

<sup>21</sup> PdW vom 13. bis 19. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 215.

Machthaber ein“.<sup>22</sup> „Das Reichsgericht hat ein gegen Nationalsozialisten erlassenes Uniformverbot für ungültig erklärt. Merkwürdige Dinge geschehen auch in der Polizei. Zweimal kurz hintereinander sind in Berlin Menschen verhaftet worden, die Severing, die Republik und das andere Mal Braun hochleben ließen.“<sup>23</sup> Allzu milde Richter hätten dagegen, so Fuchs, „die Teilnehmer der Krawalle vom Kurfürstendamm gefunden“.<sup>24</sup> Alle ihre Strafen seien in der Berufungsinstanz herabgesetzt, die Führer von Helldorf und Ernst vom Landfriedensbruch freigesprochen worden. [...] – Will man wirklich des Terrors Herr werden? Man wird es nur, wenn man gleiche Gerechtigkeit hat für alle, gleiche Strenge gegen jeden Terrorakt. Ein Staat, der mit Parteiliche und Vorurteilen mißt, wird des aufsteigenden Unheils nicht Herr werden.“<sup>25</sup>

Schon dürfe „ein Oberstaatsanwalt im *Angriff* offen den Grundsatz proklamieren: Nicht auf die Tat kommt es an, sondern auf die Gesinnung.“<sup>26</sup> Den deutschen Richtern, so der Oberstaatsanwalt, sei es nicht zum Bewußtsein gekommen, „wie schwer sie sich gegen das oberste Gesetz der Gerechtigkeit vergingen, als sie die idealen vaterländischen Forderungen der nationalsozialistischen Bewegung gegen die grobmaterialistischen, eigensüchtigen, nur einer einzigen Volksklasse angeblich dienenden Ambitionen der KPD gleichsetzten“.<sup>27</sup> Fuchs zog aufgrund dieser Äußerung den Schluß: „Dies ist die offene Proklamierung der faschistischen Justiz. Jeder Kampf um die Lebensrechte der Arbeiterschaft erfolgt aus ‚eigensüchtigen‘ Motiven und muß deshalb schwer bestraft werden. Aber wenn die Unternehmer bewaffnete SA gegen Streik einsetzen, dann sind das ‚idealistische vaterländische‘ Motive, die nichts mit Klassenkampf zu tun haben.“<sup>28</sup>

In den verschärften Klassenauseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik ergriff Fuchs Partei für die Arbeiterbewegung und gegen das Bürgertum, nachdem ihm sehr deutlich vor Augen geführt wurde, „was ein deutsches Bürgertum sich an Dummheit, Roheit, Gewalttat und Unsinn bieten läßt“.<sup>29</sup>

Entgegen herrschender Auffassung in der BRD setzte die Aushöhlung der Weimarer „Reichs“verfassung, die Zertrümmerung von Rechtsstaat und Arbeitsrecht, nicht erst mit dem Jahre 1933 ein<sup>30</sup>, sondern erfolgte schrittweise unter den Präsidialkabinetten ab 1930. Der Verfassungsrechtler Helmut Ridder sprach in diesem Zusammenhang von der „Rutschbahn Weimars ins ‚Dritte Reich‘“.<sup>31</sup> Auch für Emil Fuchs war die Zeit von Brüning zu Hitler vom Bild der „Rutschbahn“ bestimmend. Die am 30. Januar 1933 erfolgte Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde nicht als *qualitativer Sprung* in der abschüssigen Endphase der Weimarer Republik bis März 1933 – und dies in großer Übereinstimmung mit den Einschätzungen von SPD und KPD – wahrgenommen. Fuchs selbst setzte sich energisch für die normative Wirkung der Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung und der darin garantierten liberalen und sozialen Grundrechte ein und protestierte gegen die Durchbrechung bzw. willkürliche Aufhebung durch Notverordnungen und richterliche Entscheidungen. Im Einzelnen machte er Front gegen die Verletzung der Republik als Staatsform (Art. 1), gegen die Mißachtung des Demokratieprinzips (Art. 1), gegen die Aufhebung der Unabhängigkeit der Justiz (Art. 102), gegen die sich steigernde Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 118), des Versammlungsrechts (Art. 123), der Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 135), der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten

---

<sup>22</sup> PdW vom 27. November bis 4. Dezember 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 205.

<sup>23</sup> Ebenda.

<sup>24</sup> PdW vom 6. bis 13. Februar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 253.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> PdW vom 8. bis 14. August 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 395.

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> PdW vom 28. Februar bis 5. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 268.

<sup>30</sup> Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts, Paderborn 1975, S. 111.

<sup>31</sup> H. Ridder: Wie und warum (schon) Weimar die Demokratie verfehlte, a. a. O., S. 90.

an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie schließlich der Tarifautonomie (Art. 165).

Fuchs sah es als seine Aufgabe an, die Rechte des Volkes nicht nur gegenüber der Exekutive, der Legislative und der Judikative, sondern auch gegenüber den Oberen in seiner eigenen Partei zu schützen, die immer wieder die Neigung zeigten, „nicht *für* den Souverän Volk, sondern *über* ihn zu regieren, also aus Citoyens Untertanen zu machen“.<sup>32</sup> Emil Fuchs dagegen drückte immer wieder sein Vertrauen gegenüber der Zuverlässigkeit des Volkes aus und mahnte den Parteivorstand der SPD, das in ihn gesetzte Vertrauen nicht zu mißbrauchen. Fuchs kritisierte die „schwächliche Haltung“ der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik, die auf Wahlergebnisse und Entscheidungen des Reichsgerichts – auch nach dem Staatsstreich in Preußen – mehr setzte als auf die „Treue und Zuverlässigkeit ihrer Massen“.<sup>33</sup> „Wer klug ist, bleibt auf der Seite des Volkes. Reaktion auch als Scheindemokratie ist zukunftsstörend. Nur schärfste Opposition schafft Zukunft.“<sup>34</sup> Blankes Entsetzen gegenüber den Führenden der SPD, die die außerparlamentarische Zusammenarbeit mit der KPD wie der Teufel das Weihwasser mieden, brachte Fuchs zum Ausdruck, als er Carl Severing mit den Worten zitierte: „Ich wünschte, daß die Nazis eine Partei wären, die geführt wird von klaren politischen Köpfen. Ich würde gerne mit einer solchen Partei ein Stück des Weges des Wiederaufbaues gehen. Wenn die Nazis das sind, dann bin ich der Überzeugung, daß wir der Mitbeteiligung der Nazis an den Regierungsgeschäften gar nicht abgeneigt gegenüberstünden.“<sup>35</sup>

### Die Präsidialkabinette

Zu Brünings vierter Notverordnung merkte Emil Fuchs am 20. Dezember 1931 an: „Sie stellt einen unerhört schweren Eingriff in das gesamte Wirtschaftsgefüge dar. Sie senkt die Löhne und Gehälter. Aber sie will gleichzeitig durch ein ausgeklügeltes System von Preissenkung und Senkung der Produktionskosten [...] den Ausgleich schaffen. Das Ziel soll sein: Schaffung deutscher Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und Ankurbelung der Wirtschaft im Innern.“<sup>36</sup> Nur wenig später kommentierte Fuchs, es sei das Ziel dieser Politik, „die Lasten der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen“.<sup>37</sup> Und eine Woche später konstatierte Fuchs: „Eine endgültige Rettung wird es für die Arbeiterklasse im Kapitalismus überhaupt nicht geben!“<sup>38</sup>

Beim Militär und der damaligen illegalen Aufrüstung wurde nicht gespart; energische Arbeitsbeschaffung und staatliche Kontrolle der Industrie und Banken blieben aus bzw. wurden nur im äußersten Notfall zaghaft betrieben. Konsequenterweise bezeichnete Fuchs das Brüning-Kabinett nach dessen Sturz als „Wohlfahrtsanstalt für die Großagrarien“ sowie „für die Großbanken“<sup>39</sup>.

Fuchs erkannte, daß die kapitalistische Weltwirtschaftskrise „alle jene Vereinbarungen und Bindungen, auf denen die scheinbare politische Beruhigung während der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den Jahren 1925 bis 1928 beruhte, aufgelöst und über den Haufen geworfen“<sup>40</sup> habe.

Die Gegensätze zwischen den einzelnen imperialistischen Gruppen seien wieder aufgebrochen. In verdoppelter Schärfe werde nun „der Kampf um die Neuaufteilung der Welt“ geführt. „Die Gegensätze innerhalb der imperialistischen Staaten können aber leicht so stark werden, daß sie

---

<sup>32</sup> W. Markov gemeinsam mit Th. Grimm: Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Berlin 1989, S. 254.

<sup>33</sup> PdW vom 12. bis 19. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 278.

<sup>34</sup> PdW vom 17. bis 22. Oktober 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 439.

<sup>35</sup> PdW vom 2. bis 9. April 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 298.

<sup>36</sup> PdW vom 6. bis 13. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 437.

<sup>37</sup> PdW vom 20. bis 26. Dezember 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 217.

<sup>38</sup> PdW vom 26. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 224.

<sup>39</sup> PdW vom 5. bis 11. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 345.

<sup>40</sup> PdW vom 6. bis 12. März 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 275.

nur in dem gemeinsamen Krieg gegen den Raum, den das Proletariat der imperialistischen Ausbeutung entzogen hat, gegen Sowjetrußland, ein Ventil finden können.“<sup>41</sup>

An dem nicht nur bei Kommunisten wegen seiner Rolle bei der Liquidierung der Novemberrevolution<sup>42</sup> und der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verhaßten Vertreter des „Ancien Régime“, dem Reichswehr- und Innenminister General Groener, rieb sich Fuchs am häufigsten. Kritik übte Fuchs insbesondere an Groeners Einstufung der nationalsozialistischen „Deutschen Studentenschaft“ als „unpolitischem Verein“<sup>43</sup>, obwohl doch der Skandal um Dehn in Halle<sup>44</sup> noch vor Augen stehe.

Fuchs kritisierte die offene Duldung des SA-Terrors durch die Polizei und merkte zu Groeners Erklärung, wonach der „ruhige Verlauf“ des Urnengangs für die Neuwahl des Staatsoberhauptes im März 1932 der „Auffassung des Reichsinnenministers Recht gegeben“ habe, bitter an: „So ganz ruhig, wie das Ministerium meint, ist der Wahltag allerdings nicht verlaufen. Es sind allein am Wahltag vier Arbeiter von Nationalsozialisten ermordet worden. Ganz ‚ruhig‘ sind sie ermordet worden [...], Herr Minister! Allerdings sind es ja nur vier – und vier Arbeiter“.<sup>45</sup>

Anstoß nahm Fuchs auch an der Neujahrsbotschaft 1931/1932 des Innenministers Groener, der erklärt hatte: „Wenn ich für das deutsche Volk einen Wunsch habe, dann ist es der, daß es die Ausdauer besitze, den Kampf um seine Freiheit durchzuhalten, dessen Sieg auf Arbeit und Opfer beruht.“ Gegen diese Sozialdemagogie wandte Fuchs ein: „Um wessen Freiheit übrigens? [...] die Verteilung der Opfer [ist nur] wieder einmal so, daß es eine Irreführung ist, zu behaupten, es handle sich um den Freiheitskampf des deutschen Volkes. [...] Denn auch der Innenminister wird wohl die Arbeiterschaft zum ‚Volk‘ rechnen. Für diese fällt aber bei diesem ‚Freiheitskampf‘ immer nur Lohnabbau ab.“<sup>46</sup>

Die Papen-Regierung stütze sich „hauptsächlich auf die Nazis, deren Forderungen für eine Tolerierung (Aufhebung des SA-Verbots, Neuwahlen) sie erfüllt. Die Harzburger Front macht zunächst Arbeitsteilung: Die deutschnationalen ‚Pappenheimer‘ übernehmen die Ministersessel und die Verantwortung, die Nazis stellen die Mandate, und man gibt ihnen noch einmal die Möglichkeit, durch Neuwahlen ihre parlamentarische Stellung und ihren Einfluß auf ihre Anhänger zu verstärken.“<sup>47</sup>

---

<sup>41</sup> Ebenda, S. 276.

<sup>42</sup> Siehe Wolfgang Ruge: Friedrich Ebert am 10. November 1918, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (ZfG), Berlin (DDR), 1978, H. 11, S. 955-971; Siehe auch Georg Fülberths Aufsatz „Von oben für unten“, in dem er den Pakt von Friedrich Ebert mit der Obersten Heeresleitung (Groener) zur Liquidierung der Revolution von 1918 in seiner Besprechung der dreibändigen Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik von Heinrich August Winkler kritisiert. In: *konkret* 5/1988, S. 70 f. Nach dem sozialdemokratischen Mitglied des Vorstandes des Bundes der religiösen Sozialisten Emil Fuchs sucht man im umfänglichen Werk von Winkler vergebens. Zur Rolle von Ebert und Noske siehe auch die Äußerung von Sebastian Haffner (1907-1998): Ebert und Noske „haben die Revolution verraten, sind schuld an der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, ohne sie wäre Hitler nicht an die Macht gekommen.“ zit. nach: Uwe Soukup: Meister der Gegensätze, Zum Tod des Berliner Publizisten Sebastian Haffner, in: *junge Welt*, Berlin, vom 04.01.1999, Nr. 2, S. 14.

<sup>43</sup> PdW vom 2. bis 9. Januar 1932. In: *Blick in den Abgrund*, S. 228.

<sup>44</sup> Der ehemalige religiöse Sozialist und Theologieprofessor an der Universität Halle war von nationalistischen Studenten, die seine Amtsentlassung forderten, massiv angegriffen worden, weil dieser sich gegen Kriegerdenkmäler in Kirchen ausgesprochen hatte. Siehe Werner Prokoph, *Demokratische Bestrebungen und faschistischer Ungeist an der Universität Halle-Wittenberg in den Jahren 1929-1934*, 2 Bde., Halle 1967, Dissertation Halle 1968; Werner Prokoph, *Die Universität Halle-Wittenberg in Hochschulpolitik und Wissenschaftsorganisationen der Weimarer Republik*, 2 Bde., Halle 1980, Dissertation B, Halle 1981; H. Ludwig, *Kirche und Völkerversöhnung: Vor 50 Jahren „Fall Dehn“*, in: *Standpunkt, Evangelische Monatsschrift*, Berlin (DDR), [Ausgezeichnet mit der *Emil-Fuchs-Plakette* des Friedensrates der DDR], 9 (1981), S. 304-308; W. Prokoph, *Politische Aspekte des Halle-schen „Fall Dehn“*, in: *Standpunkt* 11(1983), Beilage S. 8-13.

<sup>45</sup> PdW vom 20. bis 26. März 1932. In: *Blick in den Abgrund*, S. 285.

<sup>46</sup> PdW vom 27. Dezember 1931 bis 2. Januar 1932. In: *Blick in den Abgrund*, S. 222.

<sup>47</sup> PdW vom 29. Mai bis 4. Juni 1932. In: *Blick in den Abgrund*, S. 341.

Fuchs ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, wie die Papen-Regierung zustande gekommen war. Der Grund sei, „daß die deutsche Bourgeoisie, vor allem ihre drei Hauptrichtungen, die Schwerindustrie und die Großagrarien zusammen mit den Generalen, Brüning nach Hause schickte, da er diesen Herren noch nicht genug abgebaut hat.“ Die Papen-Regierung „wird abbauen wie ihre Vorgänger. Aber sie wird das Tempo beschleunigen.“<sup>48</sup>

Über die sozialpolitischen Maßnahmen der Papen-Regierung notierte Fuchs: „Wenn ein Erwerbsloser in seiner letzten Not zur Selbsthilfe greift, so nennen ihn die Gesetze der Bourgeoisie einen Dieb. Wenn die Regierung Papen mit einem Federstrich 1,5 Milliarden Mark aus den Taschen der Werktätigen zieht, so ist das eine ‚nationale Tat‘!“<sup>49</sup>

In einem Offenen Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen ergänzte Fuchs: „Sie haben durch Ihre Notverordnungen die kärglichen Lebensnotwendigkeiten der Alten, Kranken, Invaliden, Kriegsverletzten, Erwerbslosen herabgedrückt – in einem Volke, in dem nur vollendete Gewissenlosigkeit überzeugt sein kann, daß man den besitzenden Ständen keine Opfer mehr zumuten könne.“<sup>50</sup> In dem gleichen Brief macht Fuchs deutlich, daß dessen Politik der Aufrüstung zum Kriege führen werde. „So befangen sind Sie und ihre militärischen Ratgeber im Geiste der alten Zeit, daß Sie die ungeheure Veränderung der Welt, die keinem Volke mehr ein isoliertes Dasein gestattet, glauben mißachten zu können. Wir aber sehen auch sehr deutlich, daß Sie mit dieser Politik der ‚Aufrüstung‘ nichts weiter erreichen können, als unser Volk einzureihen in den Ring des Verderbens, in dem eine in ihrer Erwerbsgier zum Wahnsinn verblendete Welt ihren Untergang vorbereitet.“<sup>51</sup>

Nicht erst am 30. Januar 1933 sah Fuchs „die deutsche Republik vor die letzte Entscheidung gestellt, ob sie diesen Prozeß rücksichtslos durchführen wird und will [...] oder ob sie sich selbst die Existenzberechtigung absprechen will, indem sie eine Partei schont, die alle Not steuern will einfach durch den Mord an ihren Mitbürgern“.<sup>52</sup>

Am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler notierte Fuchs: „Die deutsche Tragödie dehnt sich zu einer Tragödie Europas.“ Weitsichtig sah er voraus: „Die Weltkatastrophe, deren Mittelpunkt Deutschland heißt, geht weiter. Von unserem klaren Mut hängt mehr ab als nur Deutschlands Existenz. Zumindest für Europa geht es um die Frage: Rettung der Kultur oder Zurücksinken in hoffnungslose Verelendung und Barbarei“. Es sei jedoch keine Ursache zu verzweifeln, aber jeder Grund da, „alle Kräfte entschlossenen Widerstandes, klaren Willens, ehrlicher, unbeugsamer Führung einzusetzen. Noch kann die Katastrophe vermieden werden, die eine Herrschaftszeit, wie Hitler sie plant und Hugenberg will, herbeiführen müßte. Keiner allerdings hilft sie vermeiden, der jetzt noch schwächlich zögert, alle seine Energie gegen diese Regierung zu gebrauchen.“<sup>53</sup> Dabei forderte Fuchs, „daß auch diese dumme Polemik zwischen SPD und KPD einer wirklich sachlichen Aussprache, sachlichem Austragen der nicht zu verdeckenden taktischen Meinungsverschiedenheiten und einer klaren Entschlossenheit gemeinsamen Widerstandes weicht“.<sup>54</sup>

### **Für antifaschistische und antiimperialistische Einheitsfront**

Durch alle Berichte zieht sich die Forderung von Fuchs nach der Einheitsfront von SPD und KPD. Angesichts des barbarischen Terrors fand sein Ruf nach Einheitsfront zunehmend auch ein Echo, weil zumindest teilweise begriffen wurde, „wie unbedingt notwendig es ist, daß wir zur Einheitsfront des Proletariats kommen. Die öffentliche Diskussion wird darüber zwischen

<sup>48</sup> PdW vom 5. bis 11. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 345.

<sup>49</sup> PdW vom 11. bis 18. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 350.

<sup>50</sup> Offener Brief an den Herrn Reichskanzler von Papen. In: *RS* 1932, Nr. 37 vom 11. September 1932, S. 145 f.

<sup>51</sup> A. a. O., S. 146.

<sup>52</sup> PdW vom 21. bis 28. November 1931. In: Blick in den Abgrund, S. 199.

<sup>53</sup> PdW vom 30. Januar bis 4. Februar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 496.

<sup>54</sup> Ebenda.

SPD und KPD geführt. Möge man bald und entschlossen der Schwierigkeiten Herr werden, die sie noch nicht zustande kommen lassen.“<sup>55</sup>

Beschwörend hatte Fuchs bereits am 3. Juli 1932 geschrieben: „Gelingt es nicht, in kürzester Zeit die Einheitsfront der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter dem SA-Terror entgegenzustellen, dann werden die Zustände der letzten Tage in diesem Sommer [1932, F.-M. B.] der normale Zustand werden.“<sup>56</sup>

Zur Jahreswende 1932/33 richtete Fuchs erneut einen dringenden Appell an die Arbeiterparteien und die sie stützenden Massen: „Entschlossener Kampf diesen Gewalten! Sammlung aller, die spüren, wie sie heute mit Hunger die Völker vernichten, für morgen den Krieg bereiten in einer Gestalt, die unfassbar furchtbar ist. Ihre eigene Selbstsucht macht sie uneinig und schwach. Seien wir einig, und wir werden die Gefahr überwinden können.“<sup>57</sup>

### **Zwischenbilanz**

Auch im fusionierenden und zugleich konkurrierenden „Weltimperialismus“ (Emil Fuchs) muß immer noch *eingreifendes Denken und gemeinsames Handeln* bewirken, was die Kämpfe und Opfer von Krieg und Faschismus, Faschismus und Krieg, die noblen Schwüre, die wohlmeinenden Vorsätze und Absichtserklärungen nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts bisher nicht dauerhaft und weltweit vermocht haben. Nicht Glorifizierung der Vergangenheit und Nostalgie, nicht selektive Wahrnehmung, nicht Verdrängung und Diffamierung, sondern kritische Aufarbeitung und Wiederbelebung einer vielfach verschollenen Erbschaft von Emil Fuchs sind angezeigt.

Nach dieser kurzen Zwischenbilanz wende ich mich nun *unmittelbaren* Aspekten der Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen kapitalistischen Krise zu. Wer Ohren hat zu hören und sich an der unvertrauten Begrifflichkeit nicht nur aus christlichem Munde z. B. von Proletariat und Bourgeoisie nicht gestört hat, wird auch zuvor auf *mittelbare* analoge Aspekte gestoßen sein.

### **Die Aktualität von Emil Fuchs in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus**

Geschichte wiederholt sich nicht exakt. Keiner steigt nach den Worten von Heraklit zweimal in denselben Fluß, „denn anderes und anderes Wasser fließt hinzu“. „In die gleichen Ströme steigen wir und steigen wir nicht. Wir sind es und sind es nicht.“<sup>58</sup> Und doch gibt es ohne Analogien keine geschichtliche Erkenntnis.

So wie in der großen Weltwirtschaftskrise 1929 ff. verbreitet sich heutzutage Angst. Viele haben das Gefühl, daß wir uns auf der „Titanic“ befinden und daß wir bald den Eisberg rammen werden. Wie der schwarze Freitag 1929 hat der 15. September 2008, der Tag, an dem die Lehman-Bank zusammenbrach, den Lauf der Geschichte verändert. Die Ideologen der „entfesselten Marktwirtschaft“ können uns am Ende wie ihre Vorgänger in der Großen Depression in eine fürchterliche Katastrophe führen, also zu noch mehr Armut und Elend, Arbeitslosigkeit und letztendlich auch zum Krieg, denn der Kapitalismus „trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ (Jean Jaurès)<sup>59</sup>.

Der Chef der EZB hält das „Modell des Sozialstaates“ im Widerspruch zum Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes (Art. 20 GG) endgültig für „ausgedient“, nachdem schon die rot-grüne

---

<sup>55</sup> PdW vom 11. bis 18. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 354.

<sup>56</sup> PdW vom 19. bis 26. Juni 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 357.

<sup>57</sup> PdW vom 24. bis 31. Dezember 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 481.

<sup>58</sup> Zit. nach H. H. Holz: Zirkus – die ehrlichste der Künste. Über einen Themenkreis im Werk von H. Falk. In: Tagesanzeiger Magazin, Nr. 16 vom 22. April 1978, S. 28.

<sup>59</sup> Vgl. Wladimir I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In: *Social-Demokrat*, Nr. 44 vom 23. August 1915: „Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es kein anderes Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik“.

Regierung es angetastet hatte. Der fiskalpolitische Sparkurs zu Lasten der unteren Schichten der Bevölkerung müsse unbeirrt fortgesetzt werden.

Wie schon am Ende der Weimarer Republik wird eine Reichen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer als schädlich für das Wachstum ausgeschlossen. Anstrengungen zur Verfolgung und Bestrafung der Steuerflucht- und sonstiger Wirtschaftskriminalität werden unterlaufen und mit nur abgebremster Energie verfolgt. Gleichzeitig erinnert die Geldflut der EZB, wie der frühere Chef der Bundesbank, Helmut Schlesinger, kritisch anmerkte, an „Kriegsfinanzierung“.

Die Sanierung der verzockten Banken durch Steuergelder ist dabei kein neues Phänomen. Schon Emil Fuchs schrieb vor exakt 80 Jahren, daß nicht nur die Danat und die Dresdner Bank durch die Krise so erschüttert seien, daß sie aus eigener Kraft nicht weiter existieren konnten. „Der Staat mußte eingreifen und die Beträge zur Sanierung zur Verfügung stellen, da der Zusammenbruch dieser Großbanken das ganze kapitalistische Kreditsystem und damit die kapitalistische Wirtschaft bedrohte. Diese Sanierung der Banken durch den Staat bedeutet nichts anderes als eine Aktion der Bourgeoisie zur Rettung des Kreditsystems und damit zur Rettung ihrer Macht. Die Führung der Banken zusammen mit den Vertretern der Bourgeoisie im Staatsapparat [...] haben diese Rettungsaktion organisiert, indem sie verschiedene Banken zusammengelegt und mit neuen Kapitalien ausgestattet haben. Die neuen Kapitalien werden aus Steuermitteln aufgebracht. Letzten Endes ist es also wieder das Proletariat, das die Verluste, die die Kapitalbesitzer in der Krise ihrer Banken gehabt haben, bezahlen muß.“<sup>60</sup>

Die „neugegründeten Finanzierungsinstitute“, heute heißen sie „bad banks“, müßten zusätzlich auf die Reichsbank, heute Bundesbank, zurückgreifen. „Und hier entsteht wieder das alte Dilemma: Gibt sie wenig Kredit, werden die Arbeitslosen nicht weniger; gibt sie viel, wird die Währung gefährdet“,<sup>61</sup> also die große Inflation angeheizt.

Die Krisen von 1873 und von 1929 mündeten schließlich in Weltkriege, wobei a) die Konzentration von Wirtschaftsmacht in den Händen weniger Eigentümer, b) die militärischen Vernichtungspotentiale, c) die technisch hochentwickelten Überwachungsapparate (einschließlich eingeschleuster Staatstrojaner) und d) die mediale Beeinflussung und Manipulation der Bevölkerung seither unvorstellbar zugenommen haben.

Das Vertrauen in die Parteien, vor allem außerhalb von Wahlkämpfen, ist tief gesunken. Der Anteil der Nichtwähler nimmt zu. Integre Persönlichkeiten mit der Ausstrahlungskraft eines Erwin Eckert oder Emil Fuchs sind rar geworden. Man muß kein Apokalyptiker sein, um wenig Hoffnung und Optimismus in die Zukunft zu haben. Wie werden sich die Menschen verhalten, wenn die ganz große Katastrophe erst einmal voll eingetreten ist? Wie werden die Menschen reagieren, wenn aller Sicherheiten verschwinden? Nach Eric Hobsbawm ist, solange Profit, Gewinn und maximales Wirtschaftswachstum dominieren und der Staat in das marktradikale Geschehen nicht eingreift, alles möglich: Inflation, Deflation, Hyperinflation. Lebte Emil Fuchs noch, er hätte mit Eric Hobsbawm die geschichtliche Erfahrung geteilt, daß wir uns erneut auf eine Tragödie zubewegen. „Es wird Blut fließen, mehr als das, viel Blut, das Leid der Menschen wird zunehmen, auch die Zahl der Flüchtlinge.“<sup>62</sup>

Beim Militär wird ebenso wenig gespart wie in der Weimarer Republik. Der Konflikt um die Ukraine bietet die Rechtfertigung für erneutes Wettrüsten. Was wir erleben, ist keine Reform der Bundeswehr, sondern die Umwandlung der Bundeswehr von einem Instrument der Landesverteidigung, so wie es das Grundgesetz vorschreibt, in eine nicht verfassungsgemäße internationale Eingreiftruppe zum geopolitischen Schutz „unserer“ Rohstoffe.

---

<sup>60</sup> PdW vom 20. Februar bis 27. Februar 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 264.

<sup>61</sup> PdW vom 12. März bis 19. März. In: Blick in den Abgrund, S. 282.

<sup>62</sup> Eric Hobsbawm: Es wird Blut fließen, viel Blut. Interview mit dem *stern* am 7. Mai 2009. Nachdruck in Manfred Weißbecker (Hrsg.), Anstöße-Erträge-Spiegelungen. Ein Lesebuch von und für Friedrich-Martin Balzer, Marburg 2015, S. 126-132.

Das hochverschuldete Griechenland soll nach dem Diktat der Geldgeber nicht etwa an der Rüstung sparen, sondern bei Löhnen, Gehältern, Gesundheit, Bildung und Kultur. Deutschland ist heute nach der Verantwortung für zwei Weltkriege der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt; bezogen auf den Anteil der deutschen Bevölkerung an der Weltbevölkerung nimmt Deutschland sogar den ersten Platz ein.<sup>63</sup> Wie schrieb Emil Fuchs im Januar 1933: „Der Weltbrand lodert heller empor. Wann wird er in jenes Stadium gekommen sein, wo niemand sein Umsichgreifen mehr hindern kann? – Das alles wäre nicht möglich ohne die Mithilfe der europäischen und amerikanischen Geldmächte und Munitionsfabriken. – Geld, Geld, Geld muß verdient werden, und wenn wir alle darüber zugrunde gehen!“<sup>64</sup> Trotz Arbeitslosigkeit steigen die Papiere an den Börsen, „von St. Moritz wird berichtet, daß die internationale Vergnügungsgesellschaft sich seit fünf Wintern nicht so glänzend und großartig amüsiert habe wie heuer. Dort hat man wieder Geld.“<sup>65</sup>

Einmischungen in die Politik anderer Länder, das Streben nach regime change, insbesondere in den heutzutage als Schurkenstaaten Deklarierten, und hysterische Schreie zugunsten eines „humanitären“ Krieges tragen dazu bei, gerade die Massaker hervorzurufen, die sie angeblich verurteilen (Domenico Losurdo). Das Beispiel Libyen mahnt!

Wie aufgeschreckte Krankenschwestern eilen die Politiker ans Krankenbett des Kapitalismus und tun so, als ob sie die Lage in den Griff bekommen bzw. bekommen werden, stets begleitet von TINA, der gebetsmühlenhaft wiederholten Rechtfertigung: There Is No Alternative. So wie es Emil Fuchs in den 30er Jahren klar sah, bewegen wir uns heute auf eine Tragödie, Weltkrieg nicht ausgeschlossen, zu, sei es nun durch die unversöhnlichen, tatsächlichen und geschürten Gegensätze im Nahen Osten, in der Ukraine oder langfristig durch die Konkurrenz der Weltmächte USA und China. Der krisen- und kriegsanfällige Kapitalismus kann, wie schon Emil Fuchs warnte, nicht die Lösung für die Zukunft sein. Fuchs war sich mit Kommunisten, Sozialdemokraten und linksbürgerlichen Demokraten darin einig, daß der Mutterboden von Krieg und Faschismus der Kapitalismus sei. Der Frankfurter linksbürgerliche Max Horkheimer brachte das mit den Worten zum Ausdruck: „Wer aber nicht vom Kapitalismus reden will, soll vom Faschismus schweigen.“<sup>66</sup>

Gegen die Tendenz im heutigen Italien, eine Regierung unabhängig von Parteieinflüssen und Parlamentsmehrheiten zu installieren, hätte Fuchs, wie schon 1932, argumentiert: „Die Bourgeoisie sieht sich immer stärker von der ‚Antikapitalistischen Sehnsuchtschwelle‘ bedroht und fürchtet daher, im Reichstag ihren kapitalistischen ‚Ausweg‘ aus der Krise nicht durchsetzen zu können, da sie nicht die Entlarvung der Nazis [...] riskieren will.“<sup>67</sup>

Gleichzeitig ertönt heute vereinzelt die Forderung nach Verbot der einzigen Partei, die sich – mehr zaghaft als entschlossen – dem Mainstream entgegenstellt und schon deshalb zu Unrecht als verfassungswidrig abgestempelt wird, weil sie immer noch auf die Möglichkeiten der Entzignung gemäß Art. 14 und 15 des Grundgesetzes verweist.

Daß bei einem „Anstieg der Leistungen der Wirtschaft“ noch lange nicht die „Arbeitslosigkeit“ verschwindet, wußte Emil Fuchs schon vor 80 Jahren. „Es scheint fast, daß erhöhte Leistung der Wirtschaft heute noch lange nicht Abnahme der Erwerbslosigkeit bedeutet. Ein sehr bedenkliches Symptom, das auch von Amerika berichtet wird, wo steigende Leistung der Wirtschaft sich vollziehen soll, ohne daß bis jetzt die Arbeitslosigkeit abnimmt.“ Die Neuwahl Roosevelts 1932 bedeutete für Fuchs eine „Umstellung der Politik von brutaler Vertretung der

---

<sup>63</sup> Siehe A. M. Jäger-Gogoll und J. M. Becker, Zur Einführung. In: Robert Neumann. Sir Basil Zaharoff. Der König der Waffen, Frankfurt/Main 2011, S. 12.

<sup>64</sup> PdW vom 1. bis 7. Januar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 481.

<sup>65</sup> PdW vom 8. bis 15. Januar 1933. In: Blick in den Abgrund, S. 487.

<sup>66</sup> M. Horkheimer: Die Juden und Europa. In: Gesammelte Werke, Band 4, Frankfurt am Main 1988, S. 308 f.

<sup>67</sup> PdW vom 8. bis 14. August 1932. In: Blick in den Abgrund, S. 393.

Hochfinanzinteressen zu denen der Waffen.“<sup>68</sup> Fuchs sah den „Kriegskapitalismus“, den *Warfare State*, voraus, und tatsächlich gelang Roosevelt eine Senkung der Arbeitslosigkeit erst, „nachdem die USA die Rüstungen forciert hatten und dann in den Krieg eingetreten sind“.<sup>69</sup>

Würden wir der neuerlichen offiziellen Losung des „Antifaschismus von oben“ Glauben schenken, so gäbe es keinen Grund zur Beunruhigung. Vertreter der Allparteienkoalition treten gemeinsam dafür ein, der „rechtsextremistischen“ Mordserie ein Ende zu bereiten. Die Instrumente zum Verbot neofaschistischer Organisationen liegen im Grundgesetz bereit, allerdings nicht in Art. 21, Absatz 2, sondern im Art. 139, in dem es heißt: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

### **Bundespräsident Gauck und der herrschende Zeitgeist**

Der von fast allen Parteien gewählte neue Bundespräsident Joachim Gauck attestiert Thilo Sarrazin (SPD) „Mut“, wenn er die Ethnisierung sozialer Konflikte öffentlich thematisiert. Mit der Wahl Gaucks zum Bundespräsidenten fallen alle glaubwürdigen Bemühungen um die Bekämpfung der aus Fremdenhaß gespeisten „rechtsextremistischen Mordserie“ in sich zusammen. Die Biedermänner und Brandstifter gerieren sich als Feuerwehrleute.

Daran, daß Joachim Gauck den über 4.000 Unterzeichnern eines Aufrufes gegen die Kriegsvorbereitungen im Nahen Osten Mut attestiert, ist nicht zu denken. Während der Weltrat der Kirchen 1948 den Krieg als Mittel der Politik ächtete und proklamierte: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!“, rechtfertigt Gauck den Krieg in Afghanistan und wird als Bundespräsident mit pastoralem Pathos auch weitere mögliche Kriegsbeteiligungen Deutschlands, auch um der Rohstoffe willen, rechtfertigen.

Während Linksprotestanten in den 60er, 70er und 80er Jahren *gegen* den amerikanischen Vietnamkrieg und *für* die *Freiheit* des vietnamesischen Volkes, *gegen* die südafrikanische Apartheid, die von mächtigen Banken und Konzernen Westdeutschlands unterstützt wurde, *für* die *Freiheit* der Schwarzen, *gegen* den Putsch in Chile und *für* die *Freiheit* des chilenischen Volkes, *gegen* eine Welt voller Waffen und *gegen* die atomare „Nachrüstung“ und *für* die *Freiheit* von Waffen und Waffenexporten protestierten, wirft Gauck ihnen „Linkslastigkeit“ und einen negativen Begriff von „Freiheit“ in ihrer Kapitalismuskritik vor.<sup>70</sup>

Am Ende ist gar die Ostdenkschrift der EKD aus dem Jahre 1965 das Werk der linksunterwanderten evangelischen Kirche. Am Ende sind es wieder die bösen Kommunisten, die an allem schuld sind. 1998 schrieb Gauck in seinem Nachwort zum „*Schwarzbuch Kommunismus*“ wörtlich: „Einheimischen wie Vertriebenen galt der Verlust der Heimat als grobes Unrecht, das die Kommunisten noch zementierten, als sie 1950 die Oder-Neiße-Grenze als neue deutsch-polnische Staatsgrenze anerkannten.“ Was hätte wohl Willy Brandt dazu gesagt, nachdem er 1970 den Warschauer Vertrag unterzeichnete?

Die Kritik am Linksprotestantismus trug Gauck übrigens vor einem Jahr auf dem Pfarrertag der Ev. Kirche in Hessen und Nassau in Frankfurt vor, jener Landeskirche, die einst von Kirchenpräsident Martin Niemöller angeführt wurde.<sup>71</sup> Von einem Widerspruch an gleicher Stelle ist mir nichts bekannt.

Es ist zu befürchten, daß Gauck einem offiziellen Tag des Gedenkens an die „Opfer aller autoritärer und totalitärer Regime“ zustimmen wird, einem Konzept, das sowohl das einzigartige

---

<sup>68</sup> G. Fülberth: Ein kleiner Unterschied bei viel Gemeinsamkeit. In: Blick in den Abgrund, S. 539.

<sup>69</sup> Ebenda.

<sup>70</sup> Siehe die Erklärung zur bevorstehenden Wahl des neuen Bundespräsidenten von Pfarrer Hartwig Hohnsbein und Pfarrer Helmhard Ungerer vom 24. Februar 2012.

<sup>71</sup> Siehe H. Hohnsbein: Gauck als Kirchenkritiker. In: *Ossietzky* 14/2011.

Verbrechen der Judenverfolgung und -vernichtung relativiert als auch den Faschismus im Ganzen verharmlost und damit dessen stille Rehabilitierung begünstigt.<sup>72</sup>

2002 forderte Gauck bei der Festveranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Berlin, „am Ort der Wannseekonferenz und der Stasizentrale, dem einstigen Regierungssitz brauner und roter Despoten“ neben dem Holocaustdenkmal auch ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu errichten. Gauck forderte die Ablösung einer „neurotischen Nachkriegsära“, gemeint sind die späten und noch keineswegs abgeschlossenen Bemühungen um die Aufarbeitung deutscher Geschichte. Gauck will einen Paradigmawechsel: aus einem „Tätervolk“ ein Volk der „Opfer“ machen – als ob sich Täter und Opfer gegeneinander aufrechnen ließen! O-Ton Gauck: „Die Toten von Auschwitz, denke ich, werden nichts dagegen haben, wenn ich die Toten von Schwientochlowitz in der Erinnerung neben sie lege“. Mit den „Toten von Schwientochlowitz“ sind Deutsche gemeint, die nach Kriegsende in einem Arbeitslager der Roten Armee ums Leben gekommen sind. Ob Herr Gauck weiß, daß es die Rote Armee war, die nach einem aufgenötigten, ungeheuer opferreichen Krieg am 27. Januar 1945 das Vernichtungslager Auschwitz befreite? Geradezu obszön ist der Hinweis von Gauck – nach seiner Wahl – auf die fürchterlichen Massenmorde unter dem Pol Pot-Regime als Beleg für die von ihm für notwendig gehaltene Relativierung der Shoah. Vielleicht kann nur jemand so reden, dessen Eltern bereits vor 1933 aktive Mitglieder der NSDAP gewesen sind.

Nichts gegen Talare, aber bei Gauck kriecht der Mief und Muff der 50er Jahre wieder hoch. Was uns Ex-Pastor Gauck dem Sinne nach und in der verquasteten Sprache eines Freiheitsapostels der 50er Jahre wie Theodor Litt darbietet, ist eine völkisch akzentuierte „Zwei-Reiche-Lehre“, versetzt mit der Dämonologie eines Walter Künneht. Gauck redet von „Freiheit“, neuerdings von „Freiheit und Verantwortung“. Von „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“ redet er nicht und stellt sich damit gegen die Große Französische Revolution von 1789.

Es mag sein, daß Gauck den Satz beherzigt, daß, wer an der Spitze des Staates steht, die Ebene der Emotion bedienen muß. Mit Gauck hat die Bundesrepublik jedoch einen Präsidenten bekommen, in dessen Person der gegenwärtige Zustand deutscher Politik nahezu ideal abgebildet ist: „reaktionär, selbstgefällig, die faschistische Vergangenheit beschönigend, von blindwütigem Antikommunismus bestimmt, fremdenfeindlich und gleichgültig gegenüber den Opfern kapitalistischer Ausbeutung.“<sup>73</sup> Fast kommen mir bei aller Unterschiedlichkeit der verfassungsrechtlichen Situation Assoziationen zur Wahl Hindenburgs im Jahre 1925 und 1932 in den Sinn, 1932 auf der Grundlage der breiten Koalition von SPD, Zentrum, DDP, bis DNVP.

## Schluß

Ein letztes Wort zum Pazifisten Emil Fuchs: Der Zeit seines Lebens engagierte, radikale Pazifist Emil Fuchs hatte schon in der Weimarer Republik für Waffen und Waffenexport nichts übrig. „Zwar möge es durch [...] Rüstungsaufträge [...] etwas mehr Arbeit geben.“ Das deutsche Proletariat hat jedoch kein „Interesse daran, durch die Lieferung des Kriegsmaterials [...] Arbeit zu bekommen. Niemals! Die Arbeit, die das europäische Proletariat jetzt vielleicht bekäme, würde es nur zu bald selbst in den Krieg stürzen. Deshalb ist es die Aufgabe des Proletariats, gegen die Kriegslieferungen zu kämpfen, um den Krieg zu verhindern.“<sup>74</sup>

Emil Fuchs hätte sich heutzutage als Christ und Sozialist dem Kriegstreiben widersetzt bzw. sich dem Rummel um unwichtige Nebenkriegsschauplätze und Nebelkerzen entzogen. Emil Fuchs hätte die im Herbst 2011 veröffentlichten 95 Thesen, 494 Jahre nach dem Thesenanschlag Martin Luthers an der Wittenberger Schloßkirche, unterschrieben, deren erste 6 Thesen

---

<sup>72</sup> Siehe inzwischen L. Elm: Europäischer Gedenktag „23. August“ – das falsche Datum. In: *Marxistische Blätter* 4/2015, S. 107-113.

<sup>73</sup> Siehe Leserbrief in der *jungen Welt* vom 17.03.2012, S. 14

<sup>74</sup> PdW vom 6. bis 12. März 1932. In: *Blick in den Abgrund*, S. 277.

Friedrich-Martin Balzer: Die Aktualität von Emil Fuchs  
in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus – 13

lauten: „1. Der Kapitalismus ist menschenfeindlich! 2. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist nicht sozial, sondern asozial: 3. Im Kapitalismus geht alle Macht von den Privatbesitzern der Produktionsmittel und nicht vom Volke aus! 4. Der Kapitalismus bringt jährlich Millionen Menschen in der Welt durch Hunger und Unterernährung um! 5. Der Kapitalismus zerstört in seinem Wachstumsstreben unsere natürliche Umwelt! 6. Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden!“<sup>75</sup>

Ich beende diesen notwendigen Ausflug in die Geschichte und das Denken des Christen, Sozialisten und Antifaschisten Emil Fuchs in einer Welt, in der laut einer Oxfam-Studie aus dem Jahre 2017, 100 Jahre nach der von Emil Fuchs begrüßten russischen Oktoberrevolution, 42 Superreiche 214 Milliarden Euro an Vermögen besitzen, über den gleichen Reichtum verfügen wie die ärmsten 3,7 Milliarden Menschen, das reichste Prozent der Menschheit mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen besitzen, in einem Land, in dem diejenigen, die gewählt wurden, fast nichts zu entscheiden haben und diejenigen, die entscheiden, nicht gewählt wurden. Die Verdrängung der historischen Erinnerung an Emil Fuchs wird sich bitter rächen, wenn wir den Weg in neue Katastrophen nicht verhindern können.

„Chrysostomos, Patriarch von Konstantinopel um die Mitte des 4. Jahrhunderts, sagte: ‚Gott hat von Anbeginn nicht den einen reich und den anderen arm geschaffen und keine Ausnahme gemacht, sondern allen dieselbe Erde zum Besitz übergeben. Wenn also diese ein Gemeingut aller ist, woher hat dann der eine soundso viele Tagwerke, sein Nachbar aber keine Scholle Land?‘ Und noch Papst Gregor der Große, 590-604, erklärt: ‚Die Menschen, die die Gabe Gottes, den Erdboden, zum Privateigentum machen, beteuern vergeblich ihre Unschuld, denn indem sie auf diese Weise den Armen ihre Existenzmittel vorenthalten, werden sie Mörder derer, die täglich aus Mangel sterben.‘“<sup>76</sup>

Ein weites Feld – auch für sozialistische Revolutionäre aus christlichem Glauben.

Geringfügig überarbeitete Fassung der Erstveröffentlichung in: Manfred Weißbecker (Hrsg.), Anstöße – Erträge – Spiegelungen. Ein Lesebuch von und für Friedrich-Martin Balzer. Mit Texten von Wolfgang Abendroth, Erwin Eckert, Heinrich Fink, Georg Fülberth, Eric Hobsbawm, Hans Heinz Holz, Dieter Kraft, Eckehard Lieberam, Thomas Metscher, Hanfried Müller, Herbert Münchow, Kurt Pätzold., Helmut Ridder, Renate Riemeck, Werner Röhr, Peter Römer, Walter Ruge, Hans See, Robert Steigerwald, Manfred Weißbecker und Gert Wendelborn. Selbstverlag, Marburg 2015, S. 292-309.

Quelle: Vortrag bei der Evangelischen Akademie Frankfurt am 22. März 2013.

---

<sup>75</sup> Unsere 95 Thesen. In: *junge Welt* vom 29. Oktober 2011.

<sup>76</sup> Zit. nach: Erwin Eckert, Rede im Badischen Landtag am 4. Februar 1948. In: Verhandlungen des Badischen Landtags, 16. Sitzung am 4. Februar 1948, S. 12.